

Brenke, Karl

**Article**

## Ostdeutschland: Ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Brenke, Karl (2014) : Ostdeutschland: Ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 40, pp. 939-957

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/104032>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens

Von Karl Brenke

Der wirtschaftliche Rückstand Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland ist 25 Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch groß. Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner werden 71 Prozent und bei der Produktivität etwa drei Viertel des westdeutschen Niveaus erreicht. Der Aufholprozess kommt nur noch sehr langsam voran. Der entscheidende Grund für die geringe Produktivität ist der Mangel an hochqualifizierten Tätigkeiten. Zudem ist die ostdeutsche Wirtschaft vergleichsweise kleinteilig strukturiert. Das verfügbare Einkommen je Einwohner liegt in Ostdeutschland bei 83 Prozent des westdeutschen Wertes. An dieser Relation hat sich seit Ende der 90er Jahre nichts Wesentliches geändert. Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland noch relativ hoch, in den vergangenen Jahren ist sie aber stärker als in Westdeutschland zurückgegangen. Dies ist allerdings zum Teil Folge des schrumpfenden Erwerbspersonenpotentials; besonders deutlich geht die Zahl der Jugendlichen zurück.

Die Erwartung zur Zeit der Wende, dass der Osten bei Wirtschaftskraft und Lebensstandard rasch zum Westen aufschließen wird, hat sich nicht erfüllt. Sie war auch übertrieben, denn man ging davon aus, dass eine traditionell dünn besiedelte Transformationsregion in relativ kurzer Zeit eine der leistungsfähigsten Ökonomien der Welt einholen könnte. Gleichwohl gibt es große Anpassungsfortschritte. Insbesondere ist in Ostdeutschland eine Re-Industrialisierung gelungen. Eine große Herausforderung stellt der demografische Wandel dar. Die Zahl junger Erwerbspersonen geht in Ostdeutschland deutlich stärker zurück als in Westdeutschland. Um Fachkräfte zu halten oder anzuziehen, muss in Ostdeutschland das Angebot attraktiver Arbeitsplätze mit guter Entlohnung gesteigert werden. Höhere Löhne müssen allerdings mit höherer Produktivität einhergehen und diese wiederum erfordert eine verstärkte Innovationstätigkeit.

Im diesem Herbst vor 25 Jahren brach die DDR politisch zusammen, und die Grenze wurde geöffnet. Nach der Umsetzung der Reisefreiheit und dem politischen Wandel trat mehr und mehr die Forderung nach einer Verbesserung des Lebensstandards in den Vordergrund. Die Bevölkerung orientierte sich an der Bundesrepublik. Verlangt wurde nach der deutschen Einheit und der Einführung der D-Mark, die als Symbol wirtschaftlicher Stärke und hoher Kaufkraft galt. Am 1. Juli 1990 wurde die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eingeführt. Damit entfiel der Schutz des Wechselkurses für die wenig produktive Wirtschaft der DDR. Über Nacht wurde das Gebiet zwischen Ostsee und Erzgebirge mit Waren aus dem Westen überschwemmt. Die eigene Produktion brach weitgehend zusammen. Verschärft wurde die Situation noch durch starke Lohnanhebungen.

Nach diesem ökonomischen Schock stellte sich der Politik die Aufgabe, rasch eine neue, sich selbst tragende Wirtschaftsbasis aufzubauen. Zudem stand man unter dem Erwartungsdruck der Bevölkerung, der „blühende Landschaften“ in Aussicht gestellt worden waren. Im Folgenden wird untersucht, inwieweit diese Ziele erreicht wurden.<sup>1</sup>

## Schrumpfende und alternde Bevölkerung

Wenn auch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion aus ökonomischer Sicht ein kardinaler Fehler war, so war sie doch aus politischer Perspektive unvermeidlich und notwendig. Denn die Forderung nach ihrer Einführung wurde mit der Ankündigung unterlegt: „Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zu ihr.“ Ohne die D-Mark wären die Abwanderungen aus der DDR nach der Grenzöffnung vermutlich noch viel stärker ausgefallen, als sie ohnehin gewesen sind.<sup>2</sup>

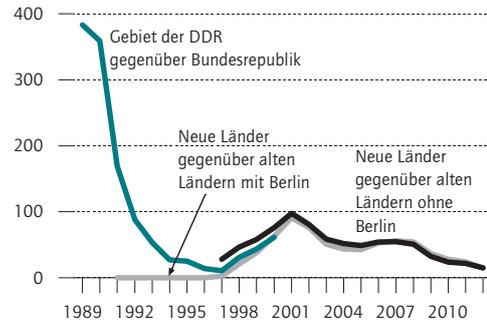
<sup>1</sup> Bei der Untersuchung wurde Berlin, sofern die verfügbaren Daten dies ermöglichten, Ostdeutschland zugeordnet.

<sup>2</sup> Auch vom hohen Niveau der Sozialleistungen in Westdeutschland ging ein Anreiz zur Abwanderung aus.

Abbildung 1

**Wanderungsverluste der DDR und Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland**

Fortgezogene minus Zugezogene in 1 000 Personen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Wanderungsverluste Ostdeutschlands sind nur noch gering.

Tabelle 1

**Durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen**

In Jahren

Sterbetafel	Früheres Bundesgebiet <sup>1</sup>		Neue Bundesländer <sup>2</sup>	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1986/88	72,21	78,68	69,75	75,81
1991/93	73,11	79,48	69,86	77,18
2000/02 <sup>3</sup>	75,67	81,35	74,10	80,79
2009/11 <sup>3</sup>	77,97	82,77	76,64	82,58

1 Bis 1998/2000 einschließlich West-Berlin.

2 Bis 1998/2000 einschließlich Ost-Berlin.

3 Ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt

© DIW Berlin 2014

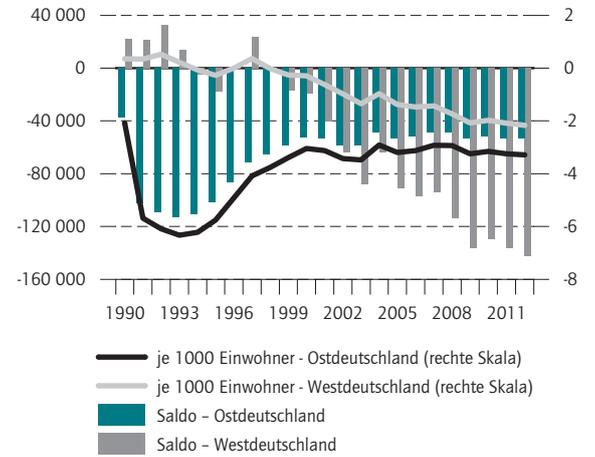
Die Lebenserwartung ist in Ostdeutschland stärker gestiegen als in Westdeutschland.

Der Wirtschaft wäre das Arbeitskräftepotential entzogen worden.

Weil mit der ökonomischen und der im Oktober 1990 vollzogenen politischen Einheit die Hoffnung verknüpft war, dass es nach einer nicht allzu langen Umbruchphase zu einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung kommen würde, nahmen die wanderungsbedingten Bevölkerungsverluste deutlich ab. Mitte der 90er Jahre war der Wanderungssaldo im Bevölkerungsaustausch mit den alten Bundesländern kaum noch im negativen Bereich (Abbildung 1). Danach kam es zu

Abbildung 2

**Saldo von Lebendgeborenen und Sterbefällen**



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Das Geburtendefizit je Einwohner ist in Ostdeutschland immer noch größer als in Westdeutschland.

zwei weiteren, kleineren Abwanderungsschüben: zum einen um die Jahrtausendwende herum, zum zweiten von 2005 bis 2008. Offenbar handelte es sich hierbei um ein pro-zyklisches Wanderungsverhalten. Man verließ Ostdeutschland, als die Konjunktur in Deutschland generell im Aufschwung war und sich im Westen günstige Beschäftigungsmöglichkeiten boten.<sup>3</sup>

Nach der Wende stellte sich eine zweite gravierende demografische Entwicklung ein: ein drastischer Rückgang der Geburten. Von 1990 bis 1994 halbierte sich laut amtlicher Bevölkerungsstatistik die jährliche Geburtenzahl – von reichlich 200 000 auf knapp 100 000.<sup>4</sup> Zum Teil lag das daran, dass die Geburt des ersten Kindes auf ein späteres Lebensalter verschoben wurde;<sup>5</sup> in der DDR waren die Eltern recht jung, weil mit der Geburt des ersten Kindes zahlreiche Vergünstigungen wie der Anspruch auf eine eigene Wohnung einhergingen. Ab Mitte der 90er Jahre nahm die Geburtenzahl wieder zu – blieb aber weit unter dem früheren Niveau. Im Jahr 2000 wurde ein Wert von 130 000 erreicht, der sich danach kaum veränderte. Dies reicht bei weitem nicht zur natürlichen Reproduktion aus; im Jahr 2012 belief

3 Ausgeblendet werden hier die Zuwanderungen aus dem Ausland und die Abwanderungen dorthin. Auch im Fall Ostdeutschlands war bei den Außenwanderungen der Saldo positiv, der Wanderungsgewinn in absoluten Zahlen aber relativ gering.

4 Ohne Berlin fiel der prozentuale Rückgang mit 56 Prozent noch stärker aus: In den ostdeutschen Flächenstaaten sank die Zahl der Geburten von 163 000 auf 71 000.

5 Pötzsch, O.: Facetten der Geburtenentwicklung in Deutschland. Wirtschaft und Statistik Nr. 6/2005, 574 ff.

sich die Zahl der Kinder je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren auf lediglich 1,4; in den alten Bundesländern ist die Rate genauso gering.<sup>6</sup> Der Saldo von Lebendgeborenen und Gestorbenen liegt seit dem Jahr 2000 bei minus 50 000. Je 1 000 Einwohner waren dies im Jahr 2013 gut drei Personen, gegenüber gut zwei Personen in Westdeutschland (Abbildung 2).

Stabilisierend auf die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland wirkt die deutliche Zunahme der Lebenserwartung. Dabei kam es zu einer weitgehenden Annäherung an die höhere und ebenfalls gestiegene Lebenserwartung in Westdeutschland. Während Anfang der 90er Jahre die Lebenserwartung bei den weiblichen Neugeborenen im Osten noch um 2,3 Jahre geringer war als im Westen, ist sie inzwischen fast genauso hoch (Tabelle 1). Bei Männern gibt es noch einen Unterschied von 1,3 Jahren, gleich nach der Wende waren es aber noch 3,3 Jahre.

Als Ergebnis der Entwicklung bei Wanderungen und Geburten ist die Gesellschaft in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren viel stärker gealtert als die in Westdeutschland. Auf die Alterskohorten der nachwachsenden Generation entfällt inzwischen ein deutlich geringerer Anteil der Bevölkerung als im Westen; dafür gibt es in Ostdeutschland vergleichsweise viele Alte (Abbildung 3). Anfang der 90er Jahre war das noch umgekehrt.

Die ohnehin geringe Bevölkerungsdichte in Ostdeutschland hat weiter abgenommen. Abgesehen von Sachsen rangieren die ostdeutschen Flächenstaaten bei der Einwohnerzahl je Quadratkilometer am unteren Ende der Rangskala (Abbildung 4). Während 2013 im Westen 265 Einwohner auf einen Quadratkilometer kamen, waren es im Osten 150 (Flächenstaaten: West = 256, Ost = 118).<sup>7</sup>

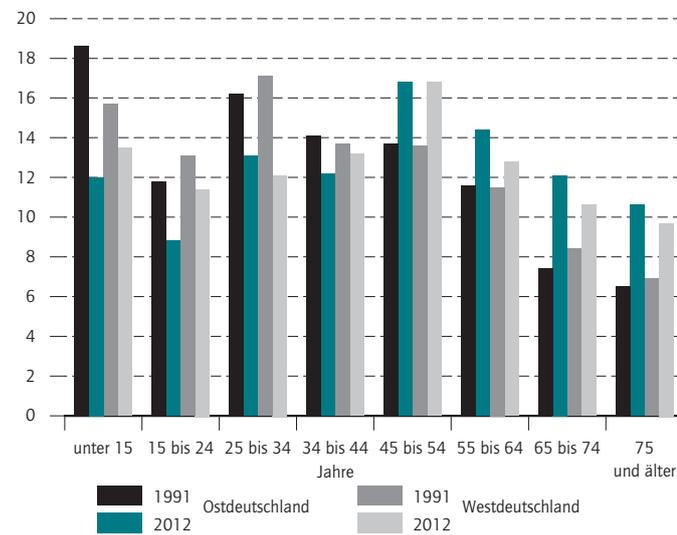
Bei so gravierenden Unterschieden in den Raumstrukturen war die Hoffnung auf eine baldige Angleichung der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West wohl von vornherein unrealistisch. Mit Blick auf das nach wie vor bestehende politische Ziel einer Ost-West-Angleichung der Lebensverhältnisse mag der Vergleich mit Westdeutschland gerechtfertigt sein. Aus wirtschaftsstruktureller und historischer Sicht ist dies aber eher irreführend. Während der deutschen Teilung haben sich

<sup>6</sup> Angaben des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, [www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/06/Abbildungen/a\\_06\\_08\\_zusgef\\_geburtenziffer\\_w\\_o\\_ab1945.html;jsessionid=CA14B74C65A4B7404FE04B0F53853DCC.2\\_cid292?nn=3071458](http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/06/Abbildungen/a_06_08_zusgef_geburtenziffer_w_o_ab1945.html;jsessionid=CA14B74C65A4B7404FE04B0F53853DCC.2_cid292?nn=3071458).

<sup>7</sup> Die jüngere demografische Entwicklung hat schon vor dem Mauerfall bestehende West-Ost-Diskrepanzen verstärkt. Noch vor DDR-Zeiten – bereits im deutschen Kaiserreich und zuvor im preußischen Königreich – zählten große Teile des heutigen Ostdeutschlands zu „Ostelbien“ – ein Synonym unter anderem für geringe Siedlungsdichte und wirtschaftliche Rückständigkeit.

Abbildung 3

**Altersstruktur der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland**  
Anteile in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

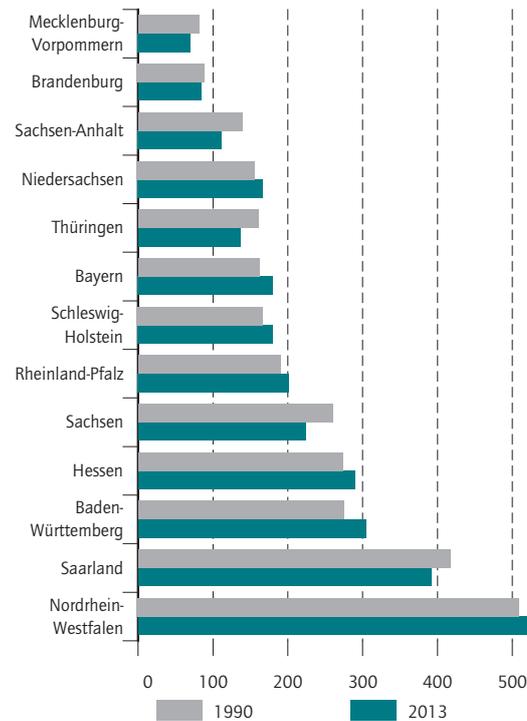
© DIW Berlin 2014

Der Bevölkerungsanteil junger Menschen ist im Osten stärker gesunken und der der Alten hat kräftiger zugenommen.

Abbildung 4

**Bevölkerungsdichte der Flächenstaaten**

Einwohner je Quadratkilometer



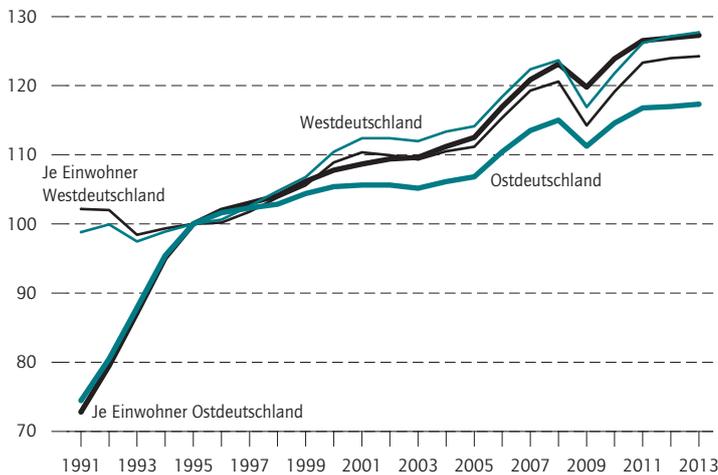
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Mit Ausnahme Sachsens sind alle ostdeutschen Flächenstaaten dünn besiedelt.

Abbildung 5

**Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt**  
Index 1995 = 100



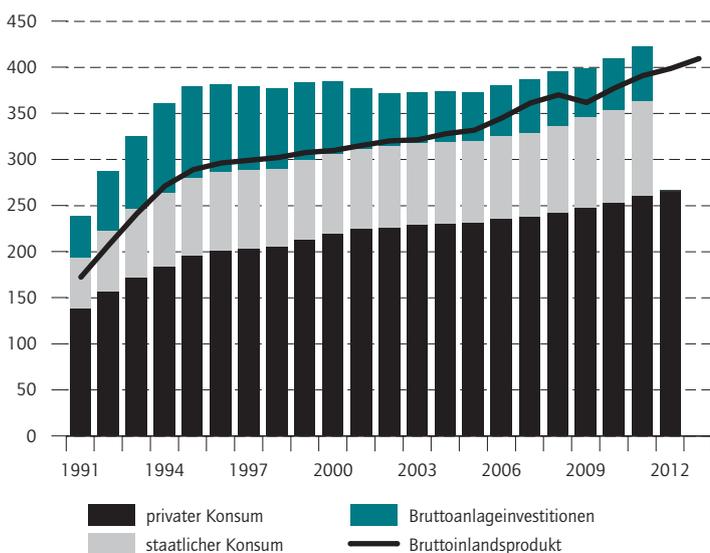
Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Schon seit Mitte der 90er Jahre wächst die Wirtschaftsleistung im Osten langsamer als im Westen.

Abbildung 6

**Güterverwendung und Güterproduktion in Ostdeutschland**  
In Milliarden Euro in jeweiligen Preisen



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Wenngleich die Lücke kleiner geworden ist, werden im Osten immer noch erheblich mehr Güter verbraucht als produziert.

im Westen starke Wirtschaftszentren mit den Zentralen überregional agierender Unternehmen etabliert, während die Wirtschaft der DDR mit ihren planwirtschaftlich ausgerichteten, ineffizienten Strukturen total umgebaut werden musste. Dieser grundlegende ökonomische Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland wird noch lange bestehen bleiben und die Relationen zwischen beiden Landesteilen hinsichtlich Wirtschaftskraft und Produktivität prägen.

**Wirtschaftsleistung:  
Aufholprozess kommt nur langsam voran**

Nach einem starken Einbruch in der Wendezeit ging es mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland zunächst wieder bergauf, ab Mitte der 90er Jahre aber mit deutlich verlangsamtem Tempo. Seitdem blieben die Zuwächse des realen Bruttoinlandsprodukts hinter dem Produktionsanstieg in den alten Bundesländern zurück (Abbildung 5). In der Zeit von 1995 bis 2013 stieg die preisbereinigte Wirtschaftsleistung jahresdurchschnittlich um 0,9 Prozent; in Westdeutschland waren es 1,4 Prozent.

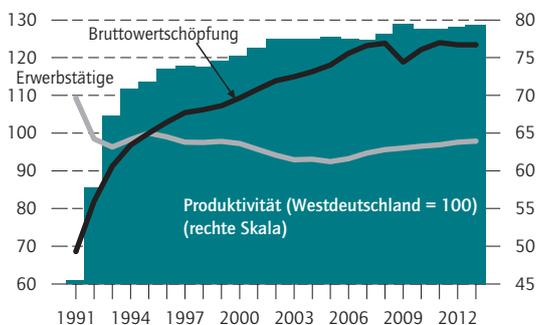
Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Produktionsmöglichkeiten von der Bevölkerungsentwicklung beeinflusst werden. Mit einer wachsenden Einwohnerzahl steigt für sich genommen die Nachfrage – etwa nach konsumnahen, nicht überregional gehandelten Gütern und nach Leistungen des Staates. Bei einer schrumpfenden Bevölkerung gilt das Gegenteil. Auch hinsichtlich der Wohlstandsentwicklung muss ein bestimmtes Produktionsergebnis bei einer schrumpfenden Bevölkerung anders gewertet werden als bei einer wachsenden.

Je Einwohner gerechnet ergibt sich für Ostdeutschland ein etwas günstigeres Bild: Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung nahm von 1995 bis 2013 um 1,3 Prozent pro Jahr zu – in den alten Bundesländern, wo die Bevölkerungszahl wanderungsbedingt zunahm, dagegen um 1,2 Prozent. Ab 2006 wuchs die Wirtschaftsleistung je Einwohner im Osten mit 1,2 Prozent kaum noch stärker als im Westen (1,1 Prozent). Im vergangenen Jahr erreichte sie im Osten nur 71 Prozent des westdeutschen Wertes.

Wegen des Anpassungsschocks infolge der Währungsunion und der Verpflichtungen im Rahmen der Sozialunion war Ostdeutschland auf massive Finanzmittel angewiesen, die über verschiedene Kanäle zufließen: über den Bundeshaushalt, von anderen Bundesländern im Rahmen der Finanzausgleichs, indirekt über die Europäische Union, über die Sozialversicherungen sowie in Form von privaten Investitionen. Das Ausmaß der Transfers lässt sich am Verhältnis des Werts der verwendeten Güter (Summe von Investitionen sowie privatem und

Abbildung 7

**Produktivität und Erwerbstätige in Ostdeutschland**  
Index 1995 = 100



1 Produktivität = Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2014

Bei der Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen konnte Ostdeutschland zuletzt kaum noch gegenüber Westdeutschland aufholen.

staatlichem Konsum) einerseits und der produzierten Güter andererseits umreißen. Von 1991 bis 2011, dem Jahr, bis zu dem vollständige Daten vorliegen, war der Wert der verwendeten Güter durchweg höher als der Wert der produzierten Güter (Abbildung 6). Die Differenz ist im Lauf der Zeit deutlich kleiner geworden, aber auch im Jahr 2011 übertraf die Güterverwendung die Produktion noch um acht Prozent. Absolut sind dies gut 30 Milliarden Euro, oder etwa 1900 Euro je Einwohner. Seit 2005 hat sich das „Leistungsbilanzdefizit“ kaum verringert. Ostdeutschland hängt also immer noch stark von Transfers ab.

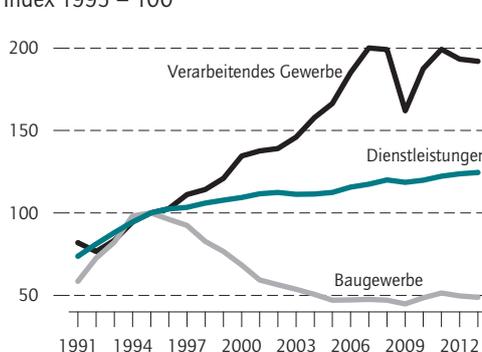
**Immer noch erheblicher Rückstand bei der Produktivität**

Bei gemeinsamer Währung blieb Ostdeutschland die Möglichkeit versperrt, seine Produktivität allmählich an das sehr viel höhere westdeutsche Niveau heranzuführen.<sup>8</sup> Vielmehr waren schnelle und große Produktivitätsfortschritte erforderlich, um überhaupt einen Teil der Produktion aufrechterhalten zu können. Tatsächlich stieg die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen in der Zeit von 1991 bis 1995 auch um fast die Hälfte (Abbildung 7). Allerdings ging damit ein kräftiger Beschäftigungsabbau einher. Die Produktivität stieg also nicht zuletzt auch deshalb, weil viele nicht wettbewerbsfähige Produktionen stillgelegt wurden. Um den Um-

8 Die Spannweite der Einschätzungen zur Produktivität in der DDR im Vergleich zu Westdeutschland reicht von 14 bis 35 Prozent. Schwarzer, O. (1999): Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Stuttgart, 167.

Abbildung 8

**Bruttowertschöpfung<sup>1</sup> in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft**  
Index 1995 = 100



1 Preisbereinigt.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Industrie hat in Ostdeutschland stark expandiert.

bruchprozess abzufedern, wurde vor allem in der Zeit unmittelbar nach der Wende massiv auf Instrumente wie Kurzarbeit – auch bei vollständigem Arbeitsausfall – und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesetzt.

Nach einem zeitweiligen leichten Aufbau in den Jahren 1994 und 1995 ging die Beschäftigung in Ostdeutschland zehn Jahre lang zurück. Die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen nahm dabei stärker zu als in Westdeutschland, so dass die Produktivitätslücke kleiner wurde. Dieser Aufholprozess hat sich indes deutlich abgeschwächt. Seit 2005 steigt die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland wieder, und die Produktivität wächst in der Tendenz nur noch wenig stärker als in Westdeutschland.

Je Erwerbstätigen gerechnet erreichte Ostdeutschland im vergangenen Jahr 79 Prozent des westdeutschen Produktivitätsniveaus. Da in Ostdeutschland im Durchschnitt länger als im Westen gearbeitet wird, ist der Abstand bei der Stundenproduktivität noch größer; in Relation zum Westen lag der Wert für Ostdeutschland hier im Jahr 2013 bei 74 Prozent.

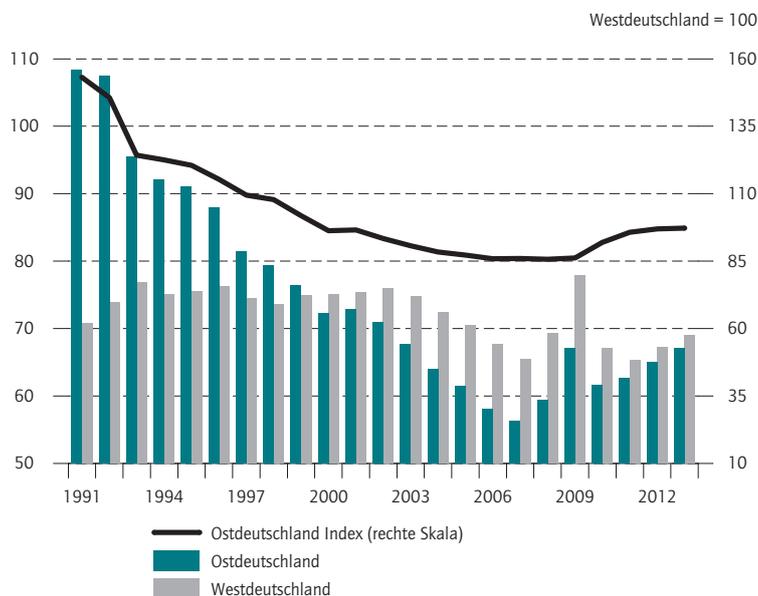
**Sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen**

**Bauwirtschaft**

Im Baugewerbe Ostdeutschlands gab es nach einer kurzen Übergangszeit enorme Produktionssteigerungen mit denen ein kräftiger Personalaufbau einherging (Abbildung 8). Maßgeblich dafür war zum einen die starke Ausweitung der Nachfrage seitens der öffentlichen

Abbildung 9

**Lohnstückkosten<sup>1</sup> im verarbeitenden Gewerbe West- und Ostdeutschlands**



<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.  
 Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Lohnstückkosten sind in Ostdeutschland etwas niedriger als im Westen.

Hand sowie staatlicher Unternehmen, die darauf abzielte, die großen Mängel in der ostdeutschen Infrastruktur zu beseitigen. Hinzu kamen zahlreiche private Investoren, von denen viele erwarteten, dass Ostdeutschland rasch bei der Wirtschaftskraft gegenüber dem Westen aufschließen würde. Dementsprechend floss viel Geld in den Bau von Gewerberäumen und Wohnungen, wobei der Bauboom durch staatliche Vergünstigungen (etwa bei Abschreibungen) zusätzlich angeregt wurde.

Als sich Mitte der 90er Jahre mehr und mehr herausstellte, dass die Erwartungen in die Entwicklung Ostdeutschlands überzogen waren, brach die Bauproduktion ein. Erst 2010 konnte der Abwärtstrend gestoppt werden. Während des Baubooms hat das Baugewerbe erheblich zum zeitweiligen Beschäftigungsaufbau in Ostdeutschland beigetragen. Am Höhepunkt gab es mehr als 1,2 Millionen Beschäftigte im ostdeutschen Baugewerbe, heute sind es nur noch knapp halb so viele.

**Dienstleistungssektor**

Der Dienstleistungssektor hat unmittelbar nach der Wende ebenfalls kräftig expandiert. Ab Mitte der 90er Jahre setzte sich das Wachstum langsamer, aber nahezu stetig fort. In Anbetracht des knappen Angebots an kon-

sumnahen Gütern und Diensten in der DDR war diese Entwicklung absehbar. Zahlreiche staatlich organisierte Dienstleistungen wurden nach der Wende zwar aufgehoben. Es traten aber neue an deren Stelle, so dass sich in diesem Bereich die Beschäftigungsverluste in Grenzen hielten. Viele produktionsorientierte Dienste wie Transport, Logistik, Wachschutz oder auch Forschung und Entwicklung wurden nicht länger von den produzierenden Betrieben selbst erstellt, sondern - dem Vorbild des Westens folgend - an Dienstleistungsunternehmen ausgliedert. Zudem boten sich Wachstumsmöglichkeiten bei Diensten, die in der DDR systembedingt kaum oder nicht in der im Westen bekannten Vielfalt vorhanden waren – zum Beispiel Werbung oder Finanzdienste.

Außerordentlich stark expandiert hat der Tourismus in Ostdeutschland. Die Zahl der Übernachtungen im Beherbergungsgewerbe stieg von 1995 bis 2012 um 125 Prozent, und damit fast viermal so stark wie in Westdeutschland.<sup>9</sup> Für Dienstleistungen dagegen, die auf die Nachfrage der heimischen Bevölkerung ausgerichtet sind, wirkt sich die rückläufige Einwohnerzahl dämpfend aus. Wenn die Alterskohorten der nachwachsenden Generation schrumpfen, reicht zum Beispiel ein geringeres Bildungsangebot aus, um den Bedarf zu decken. Handel und andere haushaltsnahe Dienste bekommen eine schrumpfende Einwohnerzahl in Form sinkender Konsumnachfrage zu spüren.

Im Zug der generellen Tertiärisierung wächst die Beschäftigung auch im Osten weiter. Von 1991 bis 2013 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands von fünf Millionen im Jahr 1991 auf 5,7 Millionen im Jahr 2013. Die Zahl der Selbständigen verdoppelte sich nahezu auf 670 000, und die Selbständigenquote ist inzwischen im Osten mit 11,7 Prozent etwas höher als im Westen (10,9 Prozent).

**Verarbeitendes Gewerbe**

Mit der Währungsunion kamen vor allem diejenigen Sektoren unter Druck, die überregional handelbare Güter herstellten – vor allem die Industrie. Im Sommer 1990 ging die Industrieproduktion auf die Hälfte zurück und wäre wohl vollständig kollabiert, wenn nicht seitens des Staates die Ausfuhren in die Sowjetunion, dem traditionell wichtigsten Handelspartner, gestützt und die Kombinate mit massiven Liquiditätshilfen versorgt worden wären.<sup>10</sup> Die Betriebe unter dem Dach der

<sup>9</sup> Das stärkste Wachstum wurde in Berlin mit 240 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern mit 160 Prozent erzielt.

<sup>10</sup> Für eine genauere Schilderung der Entwicklung in der Umbruchphase vgl. Brenke, K. (2009): Die Jahre 1989 und 1990. Das wirtschaftliche Desaster der DDR – schleichender Niedergang und Schocktherapie. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 2/2009.

Treuhandanstalt mussten möglichst rasch privatisiert werden, wozu nicht selten deren Aufspaltung in überlebensfähige Einheiten erforderlich war. Auch wenn viele Betriebe nur noch wenig produzierten, hielten sie an einem Teil des Personalstammes fest, denn das Fachkräftpotezial stellte vielfach die eigentliche Substanz eines Betriebes dar – und nicht etwa die Anlagen, die meistens verschlissen waren oder zeitgemäßen Standards nicht entsprachen. Mitunter mussten Betriebe faktisch verschenkt oder unter Hinnahme eines negativen Kaufpreises privatisiert werden. Um den industriellen Neuaufbau voranzutreiben, wurden umfangreiche Subventionen gewährt, insbesondere Investitionshilfen. In abgewandelter Form bestehen die Hilfen auch heute noch.

Im Jahr 1992 hatte die Industrieproduktion ihren Tiefpunkt erreicht, danach ist sie stark gestiegen. Erheblich unterstützt wurde die Entwicklung durch die Abkehr von der anfänglichen Lohnpolitik, die auf eine möglichst rasche Angleichung der Löhne an das westdeutsche Niveau zielte. Zu Beginn der Umstrukturierung überstiegen die Lohnstückkosten noch den Wert von 100, das heißt, die Arbeitskosten waren höher als die gesamte Wirtschaftsleistung (Abbildung 9). Das lag zum Teil daran, dass Personal gehalten wurde. Danach sanken die Lohnstückkosten nicht zuletzt wegen nur moderater Entgeltsteigerungen deutlich, ab der Jahrtausendwende auch unter das Niveau des verarbeitenden Gewerbes in Westdeutschland.

Das bedeutet aber nicht notwendigerweise, dass die ostdeutsche Industrie nun preislich wettbewerbsfähiger als die westdeutsche wäre. Die Lohnstückkosten weisen lediglich auf den Anteil der Arbeitsentgelte an der Wertschöpfung hin. Die Zusammensetzung der Kosten kann jedoch je nach der Art der Produktion variieren. Wegen der hohen Subventionierung von Investitionen bestand ein starker Anreiz, in Ostdeutschland vor allem auf kapitalintensive Fertigung zu setzen, so dass Abschreibungen auf Anlagen stark als Kostenfaktor ins Gewicht fallen könnten.

Angesichts der Talfahrt der Industrie Anfang der 90er Jahre wurde vielfach eine De-Industrialisierung Ostdeutschlands befürchtet. Aus heutiger Sicht war diese Einschätzung nicht gerechtfertigt, denn auf den Zusammenbruch der industriellen Basis der DDR folgte eine Re-Industrialisierung. Eine solche Entwicklung gab es auch in Staaten des ehemaligen Ostblocks; in nicht wenigen westlichen Ländern ist indes das Gegenteil – eine schleichende De-Industrialisierung – zu beobachten. Beim Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung liegt Ostdeutschland zwar deutlich hinter Westdeutschland zurück, erreicht aber inzwischen den Durchschnitt der Europäischen Union (Tabelle 2).

Tabelle 2

**Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes in Ländern der Europäischen Union**

	Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes je Einwohner in Euro zu jeweiligen Preisen			Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Prozent		
	1991	2002	2013	1991	2002	2013
Irland	-	8 664	7 491	-	29,1	23,3
Deutschland	4 431	5 011	6 528	26,6	21,5	21,8
Westdeutschland	5 608	5 699	7 294	28,1	22,8	23,0
Ostdeutschland	1 291	2 362	3 397	14,8	14,0	15,1
Österreich	3 381	4 799	6 124	21,1	19,4	18,3
Schweden	3 900	5 201	5 728	18,7	19,8	14,8
Finnland	3 325	5 867	4 560	18,9	24,3	14,9
Dänemark	3 022	4 449	4 556	16,2	15,1	11,9
Niederlande	2 553	3 447	4 112	17,0	13,4	12,8
<b>Euroraum</b>	-	<b>3 735</b>	<b>4 045</b>	-	<b>18,1</b>	<b>15,7</b>
Belgien	-	4 116	3 814	-	17,7	12,5
Italien	3 342	3 924	3 628	21,6	19,1	15,5
<b>EU insgesamt</b>	-	<b>3 180</b>	<b>3 477</b>	-	<b>17,4</b>	<b>15,1</b>
Tschechien	-	1 834	3 183	-	24,6	25,1
Frankreich	2 680	3 166	2 861	17,3	14,0	10,2
Spanien	-	2 699	2 678	-	16,7	13,4
Slowakei	-	952	2 657	-	21,8	21,9
Großbritannien	2 545	3 585	2 577	18,9	13,9	9,8
Portugal	-	1 913	1 939	-	16,2	14,0
Ungarn	-	1 279	1 877	-	21,3	22,6
Polen	-	751	1 586	-	15,5	17,7
Griechenland	-	1 228	1 419	-	9,7	9,8

Quellen: Eurostat; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Ostdeutschland erreicht bei der Industrieproduktion inzwischen den EU-Durchschnitt.

Der Rückstand gegenüber Italien beispielsweise ist nur noch gering, und Spanien sowie Frankreich und das Vereinigte Königreich, wo es tatsächlich eine De-Industrialisierung gab, wurden deutlich überholt.

**Ungünstige Arbeitsplatzstruktur**

Eine mögliche Erklärung für die immer noch relativ geringe Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft könnte eine spezifische sektorale Struktur sein, bei der Wirtschaftszweige mit einer allgemein geringen Produktivität ein großes Gewicht haben, während Branchen mit einer generell hohen Produktivität unterrepräsentiert sind. Tatsächlich haben in Ostdeutschland einige unterdurchschnittlich produktive Zweige wie das Gastgewerbe, die Bauwirtschaft oder der Agrarsektor höhere Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung als im Westen, und überdurchschnittlich produktive Sektoren wie die Finanzdienstleistungen, das verarbeitende Gewerbe oder manche freiberuflichen und wissenschaftlichen Dienste haben ein geringeres Gewicht (Tabellen 3 und 4). Das Bild ist aber nicht eindeutig. So gibt es in Ostdeutschland vergleichsweise wenig einfache Dienst-

Tabelle 3

**Sektorale Struktur der Bruttowertschöpfung**

In Prozent

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1991	2011	2013	1991	2011	2013
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,9	1,2	1,3	1,1	0,7	0,7
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>30,8</b>	<b>26,8</b>	<b>26,1</b>	<b>37,0</b>	<b>31,4</b>	<b>30,9</b>
Verarbeitendes Gewerbe	14,8	16,2	15,1	28,1	23,8	23,0
Baugewerbe	9,9	6,2	6,2	5,6	4,4	4,5
Energie, Wasser, Bergbau	6,1	4,5	4,9	3,3	3,1	3,5
<b>Handel, Verkehr, Gastgewerbe, I+K</b>	<b>20,6</b>	<b>17,2</b>	<b>17,3</b>	<b>19,9</b>	<b>18,8</b>	<b>18,6</b>
Handel; Rep. von KFZ	-	7,3	-	-	9,3	-
Verkehr und Lagerei	-	4,1	-	-	3,8	-
Gastgewerbe	-	2,0	-	-	1,6	-
Information und Kommunikation	-	3,9	-	-	4,1	-
<b>Finanz-, Unternehmensdienste; Wohnungswesen</b>	<b>16,4</b>	<b>25,2</b>	<b>25,5</b>	<b>23,2</b>	<b>27,7</b>	<b>28,0</b>
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-	2,6	-	-	4,6	-
Grundstücks- und Wohnungswesen	-	12,3	-	-	12,1	-
Freiberufl., wissenschaftl. und techn. Dienste	-	4,9	-	-	6,1	-
Sonstige wirtschaftliche Unternehmensdienstleister	-	5,3	-	-	4,9	-
<b>Öffentl. Dienst, Erziehung, Gesundheit, sonstige Dienste</b>	<b>30,3</b>	<b>29,6</b>	<b>29,8</b>	<b>18,8</b>	<b>21,3</b>	<b>21,7</b>
Öffentl. Verwaltung, Verteid.; Sozialversicherung	-	9,2	-	-	5,6	-
Erziehung und Unterricht	-	5,9	-	-	4,3	-
Gesundheits- und Sozialwesen	-	9,3	-	-	7,1	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung	-	1,8	-	-	1,4	-
Sonstige Dienstleister a. n. g.	-	3,3	-	-	2,7	-
Private Haushalte mit Hauspersonal	-	0,1	-	-	0,3	-
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

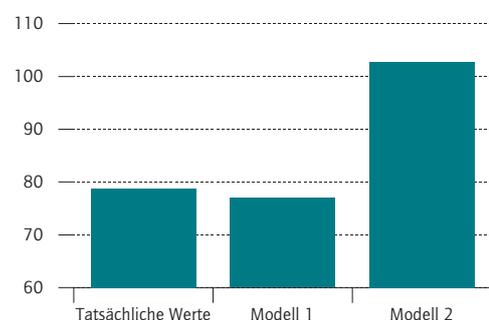
© DIW Berlin 2014

Der Anteil öffentlicher Dienste ist in Ostdeutschland höher als im Westen.

Abbildung 10

**Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Ostdeutschland 2011**

Index Westdeutschland = 100



Modell 1: Ostdeutschland hat bei gegebener Produktivität in den einzelnen Sektoren dieselbe Sektorstruktur wie Westdeutschland.

Modell 2: Ostdeutschland hat bei der gegebenen Sektorstruktur dieselbe Produktivität in den einzelnen Sektoren wie Westdeutschland.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands ist nicht durch die Branchenstruktur bedingt.

leistungen wie den Handel oder die Haushaltsdienste, und die Wirtschaftsstruktur wird in stärkerem Maß als im Westen vom Bergbau und der Energiewirtschaft geprägt – Sektoren mit einer recht hohen Produktivität.

Welchen Einfluss die Sektorstruktur auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität hat, lässt sich anhand einer Modellrechnung abschätzen. Verwendet wurden Daten für 2011, weil für ein späteres Jahr keine hinreichend aufgliederten sektoralen Informationen vorliegen. Unterstellt, die Erwerbstätigen in Ostdeutschland wären bei unveränderter Produktivität genauso auf die Wirtschaftszweige verteilt wie in Westdeutschland (Modell 1), wäre die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland um zwei Prozent geringer (Abbildung 10). Auf die Sektorstruktur kann die geringe gesamtwirtschaftliche Produktivität daher nicht zurückgeführt werden, denn sonst hätte die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung gemäß Modellrechnung höher ausfallen müssen.

Als eine weitere Erklärung bietet sich an, dass die Produktivität innerhalb der einzelnen Sektoren geringer ist als im Westen und dies auf das Gesamtergebnis durchschlägt. Tatsächlich weisen die meisten Wirtschaftszweige im Osten eine geringere Pro-Kopf-Leistung als im Westen auf. Am größten ist der Rückstand bei den

Tabelle 4

**Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Sektoren**

In 1 000 Euro

	1991			2011			2013		
	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland = 100	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland = 100	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland = 100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	16,8	9,0	53,4	26,5	31,2	117,8	28,8	36,0	125,1
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>42,2</b>	<b>15,5</b>	<b>36,8</b>	<b>73,8</b>	<b>55,2</b>	<b>74,8</b>	<b>74,8</b>	<b>55,9</b>	<b>74,7</b>
Verarbeitendes Gewerbe	42,7	11,9	28,0	76,9	56,1	72,9	76,5	54,1	70,7
Baugewerbe	33,2	18,2	54,8	47,2	38,0	80,4	48,8	39,7	81,3
Energie, Wasser, Bergbau	66,0	30,7	46,5	141,7	128,4	90,6	165,7	147,8	89,2
Bergbau; Gewinn. von Steinen u. Erden	-	-	-	72,3	92,7	128,2	-	-	-
Energieversorgung	-	-	-	179,1	191,0	106,6	-	-	-
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	-	-	-	119,8	97,1	81,0	-	-	-
<b>Handel, Verkehr, Gastgewerbe, I+K</b>	<b>31,6</b>	<b>16,9</b>	<b>53,4</b>	<b>42,1</b>	<b>32,8</b>	<b>77,9</b>	<b>43,2</b>	<b>34,1</b>	<b>79,0</b>
Handel; Rep. von KFZ	-	-	-	38,0	27,4	72,0	-	-	-
Verkehr und Lagerei	-	-	-	46,2	38,7	83,7	-	-	-
Gastgewerbe	-	-	-	23,5	20,2	85,8	-	-	-
Information und Kommunikation	-	-	-	79,8	69,0	86,5	-	-	-
<b>Finanz-, Unternehmensdienste; Wohnungswesen</b>	<b>89,9</b>	<b>35,1</b>	<b>39,1</b>	<b>96,4</b>	<b>67,5</b>	<b>70,1</b>	<b>99,4</b>	<b>70,5</b>	<b>70,9</b>
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-	-	-	87,5	62,4	71,3	-	-	-
Grundstücks- und Wohnungswesen	-	-	-	712,7	394,3	55,3	-	-	-
Freiberufl., wissenschaftl. und techn. Dienste	-	-	-	58,7	41,4	70,5	-	-	-
Sonstige wirtschaftliche Unternehmensdienstleister	-	-	-	42,9	29,4	68,4	-	-	-
<b>Öffentl. Dienst, Erziehung, Gesundheit, sonstige Dienste</b>	<b>30,6</b>	<b>20,2</b>	<b>65,8</b>	<b>42,1</b>	<b>40,7</b>	<b>96,6</b>	<b>44,3</b>	<b>42,7</b>	<b>96,3</b>
Öffentl. Verwaltung, Verteid.; Sozialversicherung	-	-	-	54,4	54,3	99,9	-	-	-
Erziehung und Unterricht	-	-	-	42,4	39,9	94,0	-	-	-
Gesundheits- und Sozialwesen	-	-	-	39,9	36,8	92,4	-	-	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung	-	-	-	56,4	37,3	66,2	-	-	-
Sonstige Dienstleister a.n.g.	-	-	-	45,0	37,3	83,1	-	-	-
Private Haushalte mit Hauspersonal	-	-	-	8,3	6,6	80,1	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>40,9</b>	<b>18,6</b>	<b>45,4</b>	<b>59,0</b>	<b>46,5</b>	<b>78,8</b>	<b>60,9</b>	<b>48,3</b>	<b>79,3</b>

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Bei Finanz- und Unternehmensdiensten ist der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands am größten.

Finanzdienstleistungen, den produktionsnahen Diensten und beim verarbeitenden Gewerbe.<sup>11</sup> Es gibt nur wenige Ausnahmen es: Im öffentlichen Dienst ist die Produktivität so hoch wie im Westen,<sup>12</sup> und bei der im Osten stärker von großbetrieblicher Produktion geprägten Landwirtschaft sowie beim Bergbau und in der Energiewirtschaft ist sie höher. Wird unterstellt, dass bei unveränderter Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftszweige im Osten in jeder Branche dieselbe Produktivität wie in den alten Bundesländern erzielt würde (Modell 2), wäre die gesamtwirtschaftliche Produktivität in Ostdeutschland um 30 Prozent höher ausgefallen, als es 2011 tatsächlich der Fall war. Sie hätte sogar das Niveau Westdeutschlands um drei Prozent übertroffen. Die insgesamt geringere Pro-Kopf-Leistung resultiert also daraus, dass Ostdeutschland

**11** Einen Sonderfall stellt der Sektor *Wohnungsvermietung* dar, weil hier die Leistung im wesentlichen anhand der erzielten Wohnungsmieten ermittelt wird. Die vergleichsweise geringe Produktivität dieses Sektors in Ostdeutschland rührt von dem dort niedrigen Mietniveau her.

**12** Das ist das Spiegelbild der Lohnanpassung im öffentlichen Dienst; hier wird die Wirtschaftsleistung im Wesentlichen anhand der Arbeitnehmerverdienste ermittelt.

Tabelle 5

**Tätigkeitsstruktur der Arbeitnehmer in West- und Ostdeutschland 2013**

In Prozent

	Westdeutschland <sup>1</sup>	Ostdeutschland
Führungskräfte	10,9	8,8
Hochqualifizierte Arbeitskräfte ohne Leitungsfunktionen	23,7	19,9
Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation	41,6	49,3
Angelernte Arbeitskräfte	15,3	15,9
Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten	8,5	6,1
Insgesamt	100	100

<sup>1</sup> Einschließlich Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2014

Führungskräfte sind im Osten stark unterrepräsentiert.

Tabelle 6

**Tätigkeitsstruktur nach Wirtschaftszweigen 2013**

	Index <sup>1</sup> der Tätigkeitsstruktur			Anteil der Führungskräfte und hochqualifizierten Arbeitnehmer an allen Arbeitnehmern in Prozent	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Differenz Ost - West	Westdeutschland	Ostdeutschland
Kohlenbergbau	168,4	193,8	25,4	37,0	43,0
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	158,7	162,4	3,7	25,0	31,0
Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau	175,7	155,3	-20,3	39,0	19,0
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	151,1	146,2	-4,9	18,0	13,0
Getränkeherstellung	156,9	156,6	-0,3	23,0	21,0
Tabakverarbeitung	166,0	138,7	-27,4	33,0	18,0
Herstellung von Textilien	156,6	156,3	-0,3	23,0	19,0
Herstellung von Bekleidung	159,8	150,3	-9,4	25,0	14,0
Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	173,6	136,3	-37,3	34,0	13,0
Herstellung von Holz, Flecht, Korb- und Korkwaren	155,6	150,6	-4,9	22,0	17,0
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	160,7	152,6	-8,1	29,0	19,0
Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung	171,1	160,7	-10,3	33,0	23,0
Kokerei und Mineralölverarbeitung	191,2	180,2	-11,0	44,0	38,0
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	183,9	160,2	-23,7	37,0	25,0
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	192,0	174,4	-17,6	42,0	29,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	152,2	147,5	-4,7	22,0	17,0
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik	163,2	161,0	-2,2	27,0	25,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	164,2	158,3	-5,9	30,0	22,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	160,0	153,3	-6,7	25,0	17,0
Herst. von EDV-Geräten, elektron. und optischen Erzeugn.	192,4	169,5	-22,9	47,0	35,0
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	180,1	158,5	-21,6	40,0	23,0
Maschinenbau	178,4	159,7	-18,7	38,0	22,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	171,0	154,8	-16,3	33,0	22,0
Sonstiger Fahrzeugbau	204,8	194,2	-10,6	52,0	39,0
Herstellung von Möbeln	155,2	149,9	-5,3	22,0	15,0
Herstellung von sonstigen Waren	162,5	153,5	-9,0	27,0	18,0
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	190,0	170,3	-19,7	44,0	31,0
Energieversorgung	193,2	198,0	4,8	55,0	57,0
Wasserversorgung	184,3	166,5	-17,7	50,0	29,0
Abwasserentsorgung	173,2	171,8	-1,4	34,0	31,0
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen	145,9	149,4	3,5	16,0	15,0
Beseitigung von Umweltverschmutzungen	156,9	153,6	-3,3	22,0	18,0
Hochbau	171,1	164,0	-7,0	31,0	24,0
Tiefbau	161,8	160,6	-1,1	28,0	24,0
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Ausbaugewerbe	162,8	160,6	-2,2	24,0	23,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von KFZ	166,6	161,1	-5,5	28,0	22,0
Großhandel	173,0	162,0	-11,0	34,0	25,0
Einzelhandel	164,3	161,1	-3,2	26,0	23,0
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	144,8	150,1	5,3	13,0	15,0
Schifffahrt	191,9	208,1	16,2	43,0	58,0
Luftfahrt	199,2	199,1	-0,1	44,0	54,0
Lagerei, sonstige Verkehrsdienstleistungen	155,4	147,3	-8,0	22,0	16,0
Post-, Kurier- und Expressdienste	147,4	146,9	-0,4	12,0	11,0
Beherbergung	160,4	165,4	5,0	23,0	24,0
Gastronomie	145,8	153,4	7,6	17,0	15,0
Verlagswesen	187,4	180,5	-6,9	50,0	44,0
Film- und Audiowirtschaft	177,7	169,8	-7,8	38,0	30,0
Rundfunkveranstalter	215,6	219,0	3,4	63,0	65,0
Telekommunikation	193,6	188,2	-5,4	56,0	54,0
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	201,0	193,4	-7,6	59,0	55,0
Informationsdienstleistungen	192,6	151,8	-40,8	51,0	17,0
Finanzdienstleistungen	198,8	184,5	-14,3	65,0	48,0
Versicherungen, Pensionskassen	192,6	176,8	-15,7	58,0	46,0
Mit Finanzdienstl. verbundene Tätigkeiten	195,0	185,0	-9,9	57,0	52,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	183,4	174,4	-9,0	41,0	31,0
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	180,9	175,0	-5,8	39,0	32,0
Verwalt., Führung von Unternehmen; Unternehmensberatung	204,8	177,5	-27,3	59,0	36,0
Architektur- und Ingenieurbüros; Labors	202,1	196,2	-5,9	57,0	58,0
Forschung und Entwicklung	229,7	228,1	-1,6	70,0	67,0
Werbung und Marktforschung	178,8	169,8	-9,0	38,0	32,0
Sonstige freiberufl., wissenschaftl. und techn. Tätigkeiten	184,3	179,9	-4,4	44,0	46,0
Veterinärwesen	193,7	191,8	-1,9	39,0	36,0

Fortsetzung Tabelle 6

**Tätigkeitsstruktur nach Wirtschaftszweigen 2013**

	Index <sup>1</sup> der Tätigkeitsstruktur			Anteil der Führungskräfte und hochqualifizierten Arbeitnehmer an allen Arbeitnehmern in Prozent	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Differenz Ost - West	Westdeutschland	Ostdeutschland
Vermietung von beweglichen Sachen	168,1	165,0	-3,2	31,0	25,0
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	129,4	129,6	0,3	9,0	6,0
Reisebüros, Reiseveranstalter etc.	171,1	162,2	-8,8	30,0	19,0
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	125,1	124,7	-0,5	4,0	3,0
Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	144,8	147,3	2,5	19,0	18,0
sonstige wirtschaftlichen Dienstleistungen	158,5	144,4	-14,1	25,0	16,0
Öffentliche Verwaltung	187,5	185,9	-1,6	52,0	52,0
Ausw. Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtspflege, Sicherheit	171,1	160,9	-10,2	35,0	25,0
Sozialversicherung	192,2	183,2	-9,0	62,0	53,0
Kindergärten und Vorschulen	153,6	151,1	-2,5	21,0	18,0
Grundschulen, Weiterführende Schulen	248,7	248,7	-0,0	92,0	92,0
Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht	261,9	261,1	-0,7	78,0	78,0
Gesundheitswesen	186,6	183,5	-3,1	39,0	36,0
Heime ohne Erholungs- und Ferienheime	163,7	171,7	8,0	31,0	34,0
Sozialwesen ohne Heime	174,1	176,4	2,4	38,0	37,0
Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	180,6	187,0	6,4	46,0	55,0
Bibliotheken, Archive, Museen, botan., zoo. Gärten	181,8	180,0	-1,8	40,0	40,0
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	140,6	143,6	2,9	18,0	20,0
Sport, Unterhaltung, Erholung	171,1	176,7	5,6	31,0	34,0
Interessenvertretungen sowie Kirchen etc.	196,1	182,2	-13,9	51,0	43,0
Reparatur von Gebrauchsgütern	162,2	158,2	-4,0	27,0	24,0
Sonstige überwiegend persönliche Dienstleistungen	152,7	153,2	0,5	20,0	19,0

<sup>1</sup> Definition des Index siehe Fußnote 15 im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin

innerhalb der einzelnen Sektoren bei der Produktivität dem Westen hinterher hinkt.

Ein denkbarer Grund dafür ist, dass in den einzelnen Branchen in Ostdeutschland mehr einfache Leistungen als im Westen erbracht werden. Das müsste sich anhand der Tätigkeitsstruktur zeigen. Entsprechende Daten gibt es zwar nicht für alle Erwerbstätigen, wohl aber für Arbeitnehmer.<sup>13</sup> Dabei kann grob nach fünf Leistungsgruppen differenziert werden: Von Führungskräften bis hin zu Arbeitskräften, die für ihre Tätigkeit keinerlei Ausbildung benötigen.<sup>14</sup> Alle Wirtschaftszweige zusammengenommen ist der Anteil der Führungskräfte und Arbeitnehmer mit hoch qualifizierten Tätigkeiten in Ostdeutschland deutlich geringer als im Westen. Stattdessen weist die Beschäftigungsstruktur mehr Arbeitskräfte mit einer mittleren Qualifikation auf

(Tabelle 5). Ganz einfache Jobs sind dagegen in Westdeutschland etwas häufiger zu finden.

Tieferegehende sektorale Informationen gibt es nur für Vollzeitbeschäftigte, die aber die Beschäftigungsstruktur prägen dürften. Für eine vereinfachende Darstellung wurde eine Kennziffer für die Qualifikationsstruktur gebildet: Je höher der Wert auf einer Skala von 100 bis 325 ist, desto anspruchsvoller sind im Durchschnitt die Tätigkeiten in der jeweiligen Branche.<sup>15</sup>

In den meisten Sektoren liegt die Kennziffer für Ostdeutschland unter dem Wert für die Westdeutschland (Tabelle 6). Im verarbeitenden Gewerbe ist die Tätig-

<sup>13</sup> Dabei handelt es sich um die Daten der amtlichen Erhebung der Arbeitnehmerverdienste, in die Betriebe mit im Allgemeinen zehn und mehr Beschäftigten in fast allen Wirtschaftszweigen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Privathaushalte einbezogen werden. Vgl. Statistisches Bundesamt: Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitnehmerverdienste. Fachserie 16, Reihe 2.3.

<sup>14</sup> Die beruflichen Anforderungen an die Beschäftigten in den einzelnen Leistungsgruppen dürften zwischen den Wirtschaftszweigen erheblich variieren; das gilt insbesondere für Fachkräfte, vor allem für Führungskräfte.

<sup>15</sup> Maßstab für die Kennziffer ist der Durchschnittsstundenlohn in den einzelnen Leistungsgruppen aller Zweige in Deutschland. So erhielten die Arbeitnehmer mit den geringsten Anforderungen den Wert 1 und die Arbeitnehmer in den anderen Leistungsgruppen einen Wert, der dem Mehrfachen des Stundenlohns der Arbeitnehmer mit den geringsten Anforderungen entspricht. Weil Führungskräfte beispielsweise in der Gesamtwirtschaft durchschnittlich 3,25 Mal so viel wie Arbeitnehmer mit einfachen Tätigkeiten verdienen, wurde ihnen der Wert 3,25 zugeordnet. Mit diesen Werten wurde der jeweilige prozentuale Anteil der Arbeitnehmer multipliziert, der auf die einzelnen Leistungsgruppen in jedem Wirtschaftszweig – getrennt nach Ostdeutschland und Westdeutschland – entfällt. Gäbe es etwa in einem Wirtschaftszweig nur Führungskräfte, hätte die Tätigkeitsstruktur den Wert 3,25 \* 100 = 325.

Tabelle 7

**Betriebsgrößenklassenstruktur im verarbeitenden Gewerbe**

	Beschäftigte in Betrieben im September 2013 in Prozent		Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Unternehmen in Deutschland 2012 in Euro
	Ostdeutschland	Westdeutschland	
1 bis 49	17,0	9,9	478 51 <sup>1</sup>
50 bis 99	17,1	11,2	53 435
100 bis 248	27,1	19,5	59 698
250 bis 499	17,2	15,8	71 005
500 und mehr	21,7	43,6	105 729
Insgesamt	100	100	81 816

<sup>1</sup> Nur für Unternehmen mit 20 bis 50 Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Große Unternehmen sind im Durchschnitt produktiver als kleine, und im Osten gibt es relativ viele kleine Betriebe.

keitsstruktur im Osten in sämtlichen Branchen ungünstiger, und innerhalb des Dienstleistungssektors gilt das für die große Mehrheit der Wirtschaftszweige. Bedeutende Ausnahmen sind der Kohlebergbau sowie die Energiewirtschaft; diese Branchen weisen im Osten auch eine höhere Produktivität als im Westen auf. Zudem gibt es in Teilen des Sozialwesens und im Gastgewerbe im Osten eine vergleichsweise günstige Beschäftigungsstruktur.

Eine Rolle für die immer noch beträchtliche Produktivitätsdifferenz zwischen West- und Ostdeutschland dürften auch unterschiedliche Betriebsgrößenstrukturen spielen. Größere betriebliche Einheiten können dadurch Produktivitätsvorteile erzielen, dass sie größere Mengen herstellen und so auf geringere Stückkosten kommen. Das lässt sich anhand des verarbeitenden Gewerbes zeigen. Je größer die Unternehmen sind, desto höher ist die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen – das gilt für Deutschland generell. (Tabelle 7). In Ostdeutschland entfällt ein deutlicher höherer Anteil der Beschäftigten auf kleinere Betriebe als im Westen.<sup>16</sup> Auch in der Gesamtwirtschaft ist die Betriebsgrößenstruktur im Osten durch relativ viele kleine Einheiten geprägt.<sup>17</sup> Zwischen der kleinteiligen Struktur und dem vergleichsweise geringen Anteil an höherwertigen Tätigkeiten in der ostdeutschen Wirt-

<sup>16</sup> Bei den Vergleich könnte es dadurch zu Unschärfen kommen, dass bei der Wirtschaftsleistung Unternehmen und bei den Beschäftigtengrößenklassen Betriebe (örtliche Einheiten) herangezogen wurden. Unternehmen können mehrere örtlich verteilte Betriebe umfassen. Grundsätzlich dürfte dadurch der Vergleich wohl nicht verzerrt werden.

<sup>17</sup> Brenke, K. (2011): 20 ans après Unité. In: Isabelle Bourgeois (Hrsg.): *Allemagne, les chemins de l'unité*. Cergy-Pontoise, 112.

schaft dürfte ein enger Zusammenhang bestehen: Es mangelt an Headquarterfunktionen größerer Unternehmen.

Bei regionalen Vergleichen von Wirtschaftskraft und Produktivität ist ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen. In alle Messungen von Wirtschaftsleistung und Produktivität gehen Preise ein. In regionaler Hinsicht spiegelt sich in den Preisen nicht nur die Wirtschaftskraft eines Gebietes, sondern damit auch die jeweilige regionale Kaufkraft wider. Das gilt insbesondere für überregional nicht-handelbare Güter. Wenn zum Beispiel ein ostdeutscher Frisör – etwa in der Uckermark – für einen Haarschnitt nur einen halb so hohen Preis wie ein westdeutscher Frisör – etwa im Raum München – verlangen kann, obwohl der Haarschnitt objektiv derselbe ist, gilt der ostdeutsche Frisör als nur halb so produktiv wie sein Kollege im Westen. Bei der Messung der Wirtschaftskraft kommt es folglich zu einem sich selbst verstärkenden Effekt: geringe Wirtschaftskraft, schwache Kaufkraft und daher niedrige Preise – und entsprechend eine beim statistischen Nachweis vergleichsweise schwache Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung.

Überdies spielt eine Rolle, dass größere und schon lange Zeit bestehende Unternehmen wegen ihrer starken Marktstellung relativ geringe Einkaufspreise und vergleichsweise hohe Verkaufspreise durchsetzen können. Solche Unternehmen gibt es in Ostdeutschland immer noch selten – entsprechend sind sie gegenüber westdeutschen Unternehmen oft im Nachteil.<sup>18</sup>

**Unveränderter Einkommensrückstand**

Die Einkommen stiegen in Ostdeutschland nach der Wende zunächst rasant an – von 1991 bis 1995 je Einwohner um die Hälfte (Abbildung 11). Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass zu dieser Zeit im Osten auch der Preisauftrieb sehr stark war: Die Verbraucherpreise stiegen um ein Drittel – nicht zuletzt wegen des Abbaus von Subventionen, zum Beispiel bei Wohnungsmieten. Nach dieser ersten Phase der Einkommensverbesserung verlief die Entwicklung langsamer, und der Abstand zum Einkommensniveau in Westdeutschland wurde kaum noch kleiner.

Anders als in Westdeutschland ist im Osten das verfügbare Einkommen, also das Einkommen, das den Haushalten für Konsum und Sparen bleibt, fast genauso hoch wie das im Wirtschaftsprozess erzielte Bruttoeinkommen (Primäreinkommen), also die Summe von Arbeitnehmerentgelten sowie Selbständigen- und Ver-

<sup>18</sup> Vgl. Müller, G.: *Schmalere Produktionslücke bei Beachtung von Preiseffekten*. *Wirtschaft im Wandel*, Nr. 5/1998.

mögenseinkommen vor Steuern und Sozialabgaben. Dahinter stehen Unterschiede in der Zusammensetzung der Einkommen. So haben Sozialleistungen im Osten einen größeren Anteil an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte als im Westen, auch wenn sich dieser Anteil in den vergangenen zehn Jahren verringert hat (Abbildung 12). Andererseits zahlen die ostdeutschen Haushalte weniger Steuern und Sozialabgaben, weil ihr auf dem Markt erzielt Bruttoeinkommen deutlich niedriger ist als das westdeutscher Haushalte (Tabelle 8). Besonders groß ist der Rückstand Ostdeutschlands noch bei den Vermögenseinkommen. Insgesamt liegt das verfügbare Einkommen je Einwohner in Ostdeutschland bei 83 Prozent des westdeutschen Niveaus. An dieser Relation hat sich seit Ende der 90er Jahre nichts geändert.

### Regionale Unterschiede im Osten kleiner als im Westen

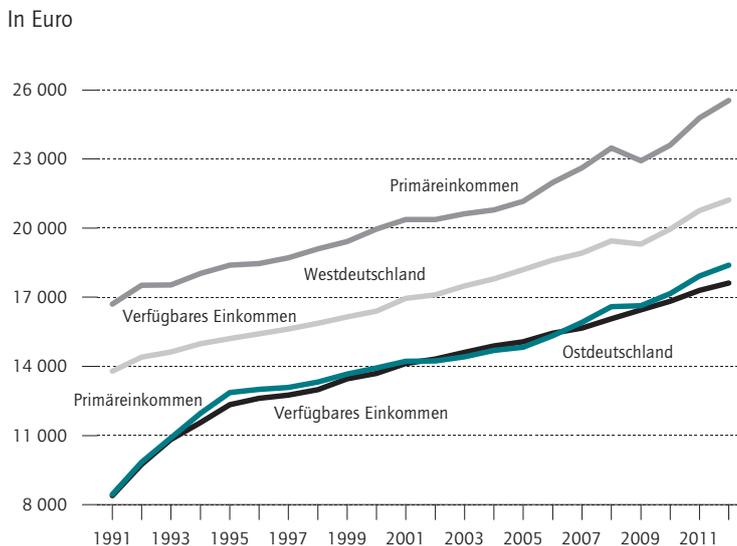
Die Einkommen der privaten Haushalte sind keineswegs das genaue Spiegelbild der Wirtschaftskraft der Regionen, in denen die Haushalte leben. Das gilt für die verfügbaren Einkommen wegen der Ausgleichswirkungen der Sozialleistungen. Es trifft aber auch schon auf die Primäreinkommen zu, weil diese zum Teil in anderen Regionen erzielt werden. Für Ostdeutschland ist dies von besonderer Bedeutung, da viele der dort wohnenden Erwerbstätigen im Westen arbeiten. Statistische Angaben über solche Pendlerbewegungen gibt es für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mitte 2013 gingen danach knapp sieben Prozent der Beschäftigten, die in Ostdeutschland wohnten, einer bezahlten Tätigkeit im Westen nach (Tabelle 9). Deutlich über dem Durchschnitt liegt der Pendleranteil in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern. Die Pendlerströme von West nach Ost sind dagegen sehr viel kleiner.

In regionaler Hinsicht sind die Einkommen und auch die Wirtschaftsleistung innerhalb Ostdeutschlands gleichmäßiger verteilt als in Westdeutschland (Tabelle 10). Das gilt unabhängig davon, ob man Kreise, Arbeitsmarktregionen, Raumordnungsregionen oder ganze Bundesländer betrachtet.<sup>19</sup> Wegen des hohen Anteils von Sozialtransfers zeigen sich in Ostdeutschland kaum regionale Ungleichheiten bei den verfügbaren Einkommen. Auch innerhalb Westdeutschlands haben

<sup>19</sup> Als Maß zur Messung der Ungleichheit wurde der Hoover-Ungleichverteilungskoeffizient verwendet. Er zeigt an, wieviel Prozent von einer Gesamtsumme (etwa Einkommen) innerhalb einer Grundgesamtheit umverteilt werden müsste, damit in jedem Element der Grundgesamtheit (etwa Regionen) der proportionale Anteil an der Summe (beispielsweise je Einwohner gerechnet) genau gleich ist. Der Hoover-Ungleichverteilungskoeffizient kann Werte zwischen 0 und 50 annehmen; je höher er ist, desto größer ist die Ungleichverteilung.

Abbildung 11

### Primäreinkommen und verfügbares Einkommens je Einwohner in West- und Ostdeutschland



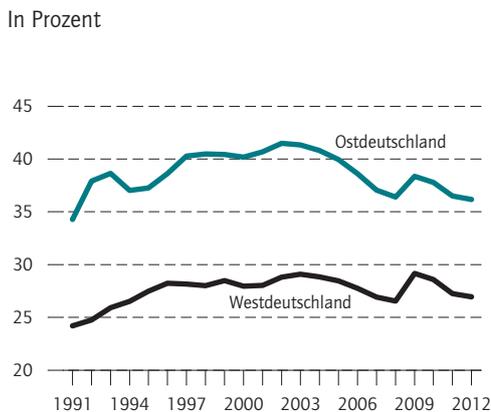
Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland sind höher als die im Wirtschaftsprozess erzielten Bruttoeinkommen.

Abbildung 12

### Anteil der Sozialleistungen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Haushalte im Osten beziehen in stärkerem Maß Sozialtransfers als jene im Westen.

Tabelle 8

**Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner**

In Euro

	1991	2001	2012
<b>Ostdeutschland</b>			
Arbeitnehmerentgelt	7 000	10 891	13 388
Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkünfte	645	1 435	2 050
Vermögenseinkommen	806	1 897	2 949
<b>Primäreinkommen</b>	<b>8 451</b>	<b>14 223</b>	<b>18 387</b>
Empfangene Sozialleistungen	2 875	5 750	6 369
<i>darunter: Renten</i>	1 466	3 360	4 023
Einkommen- und Vermögensteuern	556	1 404	1 937
Geleistete Sozialbeiträge	2 402	4 466	5 295
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>8 388</b>	<b>14 131</b>	<b>17 614</b>
<b>Westdeutschland</b>			
Arbeitnehmerentgelt	11 867	14 500	17 669
Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkünfte	2 419	2 511	2 987
Vermögenseinkommen	2 411	3 368	4 893
<b>Primäreinkommen</b>	<b>16 697</b>	<b>20 378</b>	<b>25 549</b>
Empfangene Sozialleistungen	3 336	4 755	5 718
<i>darunter: Renten</i>	1 956	3 084	3 600
Einkommen- und Vermögensteuern	2 237	2 685	3 210
Geleistete Sozialbeiträge	3 967	5 442	6 894
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>13 786</b>	<b>16 958</b>	<b>21 225</b>
<b>Ostdeutschland (Westdeutschland = 100)</b>			
Arbeitnehmerentgelt	59	75	76
Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkünfte	27	57	69
Vermögenseinkommen	33	56	60
<b>Primäreinkommen</b>	<b>51</b>	<b>70</b>	<b>72</b>
Empfangene Sozialleistungen	86	121	111
<i>darunter: Renten</i>	75	109	112
Einkommen- und Vermögensteuern	25	52	60
Geleistete Sozialbeiträge	61	82	77
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>61</b>	<b>83</b>	<b>83</b>

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Vermögenseinkommen sind im Osten besonders niedrig.

diese Transfers einen regional ausgleichenden Effekt, er ist aber viel kleiner als im Osten.

**Auch bei ähnlichen Tätigkeiten geringere Löhne als im Westen**

Schon vor der Währungsunion kam es in der DDR zu einer kräftigen Erhöhung der Löhne.<sup>20</sup> Kurz danach wurden weitere Anhebungen vereinbart. Das Ziel war es, in wenigen Jahren genauso hohe Tariflöhne wie in Westdeutschland zu erreichen. Dazu kam es aber nicht – vor allem deshalb, weil sich immer mehr Unternehmen von den tariffähigen Arbeitgeberverbänden abwandten und sich auf diese Weise der kollektiven Lohnfestsetzung entzogen.<sup>21</sup> Dennoch stiegen die Löhne in der ersten Hälfte der 90er Jahre sehr stark (Abbildung 13). Danach verlief der Annäherung an das westdeutsche Lohnniveau langsamer. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Lohn in Ostdeutschland liegt mittlerweile bei 83 Prozent des Lohns in Westdeutschland. Beim Stundenlohn ist die Annäherung mit 77 Prozent deutlich schwächer; vor allem wegen des vergleichsweise geringen Anteils von Teilzeit- und Minijobs wird in Ostdeutschland im Durchschnitt länger gearbeitet als im Westen.

Zum Teil ist der Lohnabstand auch auf die Unterschiede in den Tätigkeitsstrukturen zwischen Ost und West zurückzuführen. Aber bei gleicher Tätigkeitsstruktur

<sup>20</sup> Brenke, K. (2009), a.a.O., 24 f.

<sup>21</sup> Vgl. DIW, IAB, IfW, IWH, ZEW: Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Sonderheft des IWH Nr. 3/2002, 186 ff.

Tabelle 9

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Pendler aus und nach Ostdeutschland Ende Juni 2013**

	Auspendler nach Westdeutschland		Einpendler aus Westdeutschland		Pendlersaldo
	Personen	Anteil an allen im Bundesland wohnenden Beschäftigten in Prozent	Personen	Anteil an allen im Bundesland arbeitenden Beschäftigten in Prozent	
Berlin	65 292	5,9	44 465	3,6	-20 827
Brandenburg	40 462	4,4	9 918	1,3	-30 544
Mecklenburg-Vorpommern	54 681	9,3	11 050	2,0	-43 631
Sachsen	69 252	4,6	15 109	1,0	-54 143
Sachsen-Anhalt	75 292	9,0	14 328	1,9	-60 964
Thüringen	92 372	11,0	22 867	3,0	-69 505
Ostdeutschland insgesamt	397 351	6,8	117 737	2,1	-279 614

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Rund 280 000 Beschäftigte pendeln per Saldo von Ost nach West.

Tabelle 10

**Ausmaß der regionalen Ungleichheit des Einkommens je Einwohner**

Hoover-Ungleichverteilungs-Koeffizient<sup>1</sup>

	Kreise, kreisfreie Städte	Arbeitsmarktregionen	Raumordnungsregionen	Bundesländer
<b>Innerhalb Ostdeutschlands</b>				
Primäreinkommen 2011	3,39	3,05	2,66	2,31
Verfügbares Einkommen 2011	1,57	1,23	1,00	0,74
Bruttoinlandsprodukt 2012	8,97	6,88	5,55	4,77
<b>Innerhalb Westdeutschlands</b>				
Primäreinkommen 2011	5,64	5,38	4,80	3,35
Verfügbares Einkommen 2011	3,99	3,62	3,18	2,22
Bruttoinlandsprodukt 2012	14,16	9,38	8,18	5,00

<sup>1</sup> Der Hoover-Koeffizient zeigt hier an, wieviel Prozent des Einkommens zwischen Regionen umverteilt werden müsste, damit in jeder Region das Einkommen je Einwohner genau gleich ist. Der Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 50 annehmen; je höher er ist, desto größer ist die Ungleichverteilung.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die regionale Ungleichheit ist im Westen deutlich größer als im Osten.

wie im Westen wäre der Abstand bei den Bruttostundenlöhnen nur rund drei Prozentpunkte kleiner (Tabelle 11).<sup>22</sup> Von viel größerer Bedeutung als der Struktureffekt ist, dass in allen Tätigkeitsgruppen die im Osten tätigen Arbeitnehmer geringer als ihre Kollegen im Westen entlohnt werden. Bei anspruchsvollen Tätigkeiten ist der Rückstand noch größer als bei einfachen Jobs.

**Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert**

Aufgrund der stark rückläufigen Produktion nach Einführung der Währungsunion nahm die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland schnell zu – von Juni 1990 bis zum Ende des Jahres um eine halbe Million auf 640 000. Der Anstieg wäre noch viel stärker ausgefallen, wenn nicht viele Erwerbstätige in den Ruhestand oder in Kurzarbeit geschickt worden wären. Im folgenden Jahr überschritt die Arbeitslosenzahl die Millionengrenze; noch mehr Personen (1,4 Millionen) befanden sich Ende 1991 in Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die rasch installiert worden waren, um dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

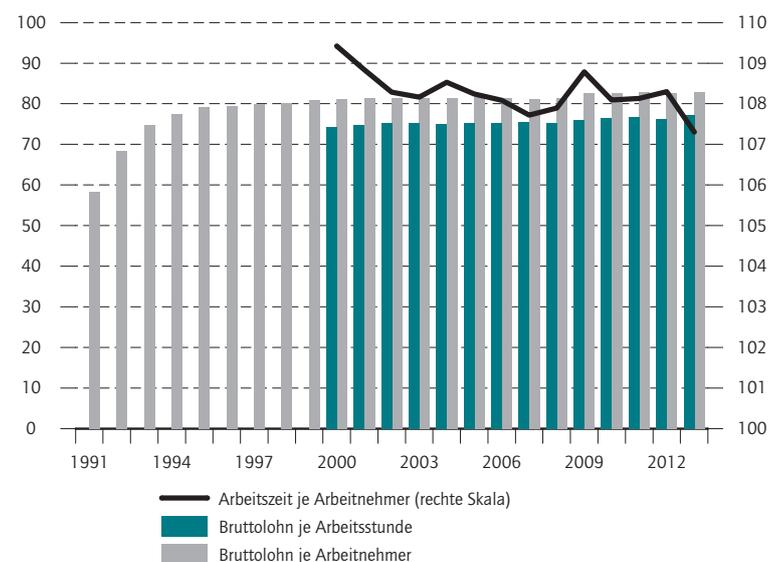
Solche Maßnahmen kamen auch im weiteren Verlauf, insbesondere in den 90er Jahren, noch in großem Maß

zum Einsatz, so dass die Arbeitslosenzahlen das Ausmaß der Unterbeschäftigung nur unzureichend widerspiegeln. Nach der Umbruchphase überstieg die Zahl der Arbeitslosen allerdings deutlich die der Maßnahme-

Abbildung 13

**Bruttolöhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer in Ostdeutschland**

Index Westdeutschland = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Arbeitszeit in Ostdeutschland ist um mehr als sieben Prozent höher als im Westen.

Tabelle 11

**Bruttostundenlöhne von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten<sup>1</sup> nach Leistungsgruppen 2013**

In Euro

	Ostdeutschland	Westdeutschland <sup>2</sup>	Ostdeutschland (Westdeutschland <sup>2</sup> = 100)
<b>Vollzeitbeschäftigte</b>			
Führungskräfte	32,38	42,68	75,9
Hochqualifizierte Kräfte	20,76	27,21	76,3
Fachkräfte	14,06	19,16	73,4
Angelernte	11,61	15,66	74,1
Ungelernte	10,47	13,07	80,1
Insgesamt	16,67	23,31	71,5
Bei unterstellter Beschäftigungsstruktur wie in Westdeutschland	17,48	-	75,0
<b>Teilzeitbeschäftigte</b>			
Führungskräfte	27,79	31,18	89,1
Hochqualifizierte Kräfte	19,48	23,81	81,8
Fachkräfte	14,02	17,62	79,6
Angelernte	10,75	13,40	80,2
Ungelernte	9,17	11,30	81,2
Insgesamt	14,41	18,16	79,4
Bei unterstellter Beschäftigungsstruktur wie in Westdeutschland	14,66	-	80,7
<b>Voll- und Teilzeitbeschäftigte zusammen</b>			
Führungskräfte	31,88	41,57	76,7
Hochqualifizierte Kräfte	20,57	26,76	76,9
Fachkräfte	14,06	18,91	74,4
Angelernte	11,40	15,20	75,0
Ungelernte	10,04	12,53	80,1
Insgesamt	16,25	22,47	72,3
Bei unterstellter Beschäftigungsstruktur wie in Westdeutschland	16,85	-	75,0

<sup>1</sup> Alle Wirtschaftsbereiche ohne Landwirtschaft und private Haushalte, ohne Minijobs.

<sup>2</sup> Einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

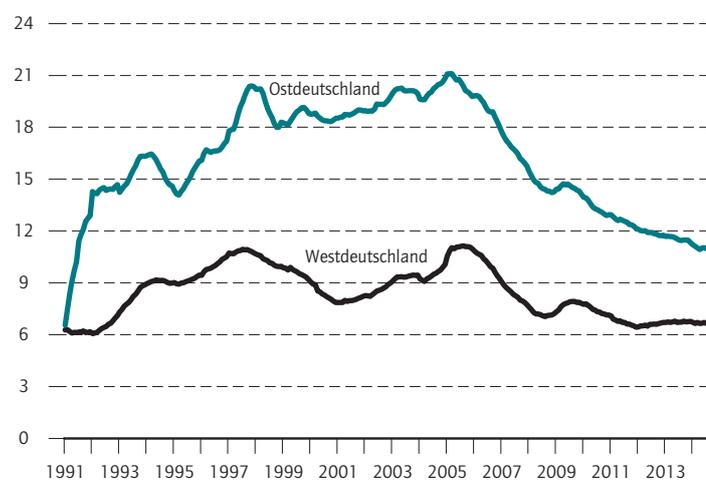
© DIW Berlin 2014

In allen Leistungsgruppen sind die Löhne im Osten niedriger als im Westen.

Abbildung 14

**Arbeitslosenquote<sup>1</sup> in West- und Ostdeutschland**

In Prozent



<sup>1</sup> Saisonbereinigte Monatswerte.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Arbeitslosenquote ist in Ostdeutschland höher als im Westen, aber in den letzten Jahren stärker als dort gesunken.

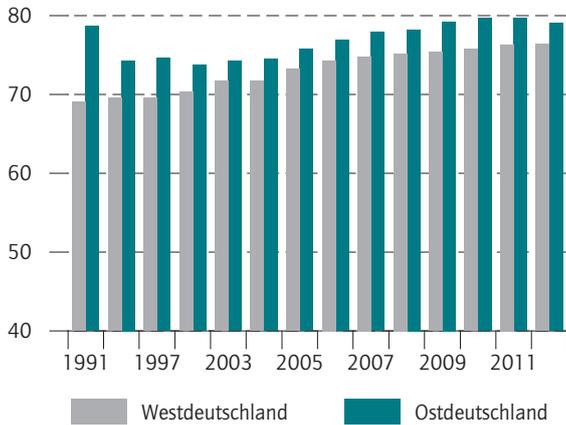
teilnehmer.<sup>23</sup> Auch wenn die Arbeitslosenzahlen nur ein bedingt tauglicher Indikator sind, lassen sie dennoch über viele Jahre eklatanten Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten im Osten deutlich erkennen. Bis Mitte des letzten Jahrzehnts waren die Arbeitslosenquoten dort fast immer doppelt so hoch wie in Westdeutschland (Abbildung 14). Seither geht die Arbeitslosigkeit auch infolge steigender Beschäftigung im Osten stärker zurück als in Westdeutschland; seit Anfang 2012 stagniert dort die Arbeitslosenquote sogar. Dennoch ist sie in Ostdeutschland immer noch deutlich höher; im August 2014 belief sie sich auf 10,9 Prozent, im Westen waren es 6,6 Prozent.

<sup>23</sup> Mitunter wurden die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen als politische Manövriermasse genutzt. Beispielsweise stieg die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 1997 massiv an, weil die Maßnahmen mit Blick auf die zum Ende jenes Jahres zu erfüllenden Maastricht-Kriterien aus Kostengründen abgebaut wurden. Weil einige Monate danach Bundestagswahlen anstanden, wurden sie 1998 aber rasch wieder ausgeweitet. Vgl. Brenke, K., Ludwig, U., Ragnitz, J. (2011): Analyse der Schlüsselentscheidungen im Bereich der Wirtschaftspolitik und ihre Wirkung auf die ökonomische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte im Land Brandenburg. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“, 81 f.

Abbildung 15

**Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren**

In Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus).

© DIW Berlin 2014

Die Erwerbsbeteiligung ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland.

In der DDR wie in den anderen Ostblockstaaten war die Erwerbsbeteiligung sehr viel höher als im Westen. Dies gilt insbesondere für Frauen.<sup>24</sup> Nach der Wende sank die Erwerbsquote – der Anteil der Erwerbspersonen, also derjenigen Personen, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen oder eine solche suchen, an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Abbildung 15). Dazu haben auch Frühverrentungsprogramme sowie der intensive Einsatz von Weiterbildungsmaßnahmen beigetragen. Gleichwohl blieb die Erwerbsbeteiligung deutlich über dem Niveau in den alten Bundesländern, obwohl sie dort stetig zugenommen hat. Seit der Jahrtausendwende steigt die Erwerbsquote auch im Osten wieder und ist inzwischen sogar höher als zu Beginn der 90er Jahre. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in Ostdeutschland die absolute Zahl der Erwerbspersonen seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts infolge des Bevölkerungsrückgangs abnimmt (Abbildung 16). Der Rückgang ist allein auf die verringerte Zahl jugendlicher Erwerbspersonen zurückzuführen; seit 2007 ist sie um mehr als ein Drittel oder knapp 400 000 gesunken.<sup>25</sup> Das dürfte erheblich dazu beigetragen haben, dass die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren im Osten vergleichs-

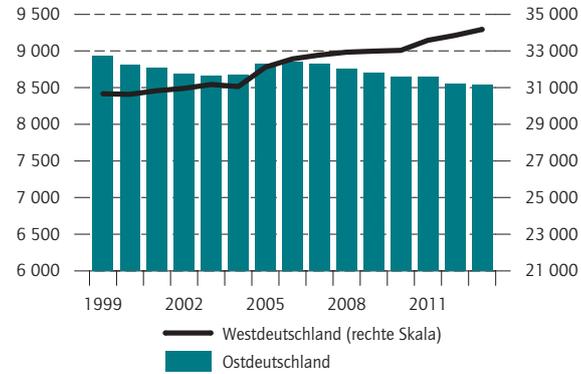
24 Im Jahr 1989 belief sich der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (16 bis 64 Jahre) in der DDR bei Frauen auf 78,8 Prozent und bei Männern auf 82 Prozent (berechnet anhand von Bevölkerungs- und Erwerbstätigendaten des Statistischen Amtes der DDR). Die entsprechenden Werte für Westdeutschland waren 63,8 Prozent beziehungsweise 80,3 Prozent (Erwerbsquoten gemäß Mikrozensus).

25 Quelle: Mikrozensus.

Abbildung 16

**Zahl der Erwerbspersonen**

In 1 000 Personen



Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus).

© DIW Berlin 2014

Die Zahl der Erwerbspersonen nimmt seit 2005 ab, im Westen steigt sie dagegen stetig.

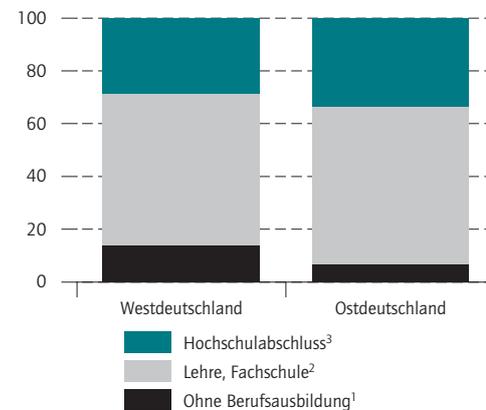
weise stark abgenommen hat. In den alten Bundesländern wächst dagegen das Erwerbspersonenpotential.

In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit in besonderem Maß auch ein Qualifikationsproblem. Im Au-

Abbildung 17

**Struktur der Erwerbstätigen nach ihrer Ausbildung 2013**

Anteile in Prozent



1 ISCED 0 bis 2.

2 Einschließlich Abitur, ISCED 3 bis 4.

3 Einschließlich Meister, ISCED 5 bis 6.

Quellen: Eurostat (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Erwerbstätigen in Ostdeutschland sind im Durchschnitt formal besser ausgebildet als die Beschäftigten in den alten Bundesländern.

gust dieses Jahres hatten dort 51 Prozent aller Arbeitslosen keine Berufsausbildung. In Ostdeutschland trifft das nur auf ein Drittel (ohne Berlin: etwas mehr als ein Viertel) zu. Gleichwohl haben es Arbeitslose ohne Berufsausbildung auch im Osten besonders schwer, eine Beschäftigung zu finden, denn es gibt nicht genügend Jobangebote für unqualifizierte Kräfte. Der Anteil der Personen ohne Ausbildung an den Erwerbstätigen ist in Ostdeutschland nur halb so groß wie in Westdeutschland (Abbildung 17). Dafür gibt es in Ostdeutschland vergleichsweise viele Beschäftigte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung sowie mit einem Hochschulabschluss. An der formalen Qualifikation des Arbeitskräftepotentials kann es demnach nicht liegen, dass der Osten bei der Produktivität noch weit zurück und bei der Arbeitslosigkeit weit vorn liegt.

### Fazit

Die Erwartungen der Bürger in der DDR waren hochgesteckt. Nach der erkämpften politischen Freiheit sollte mit der Vereinigung der beiden Staaten schnell eine Wirtschaftskraft und ein Lebensstandard ähnlich wie im Westen erreicht werden.

Die Währungsunion wirkte wie ein Schock. Weil sich die DDR-Wirtschaft zu erheblichen Teilen als nicht wettbewerbsfähig erwies, musste eine neue Wirtschaftsbaasis geschaffen werden. Dabei hat es ohne Zweifel große Fortschritte gegeben, denn die Erneuerung ist überall sichtbar. Von der Wirtschaftskraft Westdeutschlands und den dort erzielten Einkommen ist Ostdeutschland 25 Jahre nach dem Fall der Mauer aber noch weit entfernt. Es hat sich gezeigt, dass nach anfänglich hohen Zuwachsraten der Aufholprozess gegenüber Westdeutschland immer langsamer wurde. Bei der Wirtschaftsleistung je Einwohner und der Produktivität (je Arbeitsstunde) hat Ostdeutschland 71 Prozent beziehungsweise 74 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht. An diesen Relationen hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum etwas geändert.

Gemessen an den Erwartungen zur Zeit der Wende ist es für viele enttäuschend, dass Ostdeutschland wirtschaftlich weit hinter den alten Bundesländern hinterherhinkt. Die Erwartungen waren aber von vornherein überzogen, weil die Messlatte zu hoch gehängt war. Denn man unterstellte, dass in kurzer Zeit eine traditionell eher dünn besiedelte Transformationsregion zu einer der leistungsfähigsten Ökonomien der Welt aufschließen könne. Nun hat sich gezeigt, dass das noch nicht einmal im Lauf einer Generation möglich war. Gleichwohl wurde viel erreicht. Hervorstechend ist, dass die Re-Industrialisierung gelungen ist und Ostdeutschland sich bei der Industriedichte im Mittelfeld der Europäischen Union bewegt. Es zeigen sich aber auch gravierende Strukturprobleme. In der ostdeutschen Wirtschaft gibt es relativ wenige hoch qualifizierte Tätigkeiten, und sie ist relativ kleinteilig strukturiert. Es mangelt vor allem an Headquarterfunktionen größerer Unternehmen.

Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen, so dass sich auch die Abhängigkeit der Haushalte von Sozialtransfers verminderte. Nur zum Teil liegt das aber an einer zunehmenden Beschäftigung, bemerkbar macht sich vielmehr auch, dass das Erwerbersonenpotential kleiner wird und dadurch die Nachfrage nach Arbeitsplätzen abnimmt. Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich nunmehr deutlich die Spuren der demografischen Veränderungen in der Zeit unmittelbar nach der Wende, als es zu starken Abwanderungen und einem dramatischen Rückgang der Geburtenzahlen kam. War die Lage auf dem Arbeitsmarkt bisher von einem Arbeitskräfteüberschuss geprägt, könnte sich bald das Gegenteil einstellen.

Um die Attraktivität des Standorts Ostdeutschland zu erhöhen, muss das Bildungsangebot weiter verbessert werden; es wäre kontraproduktiv, etwa bei den Hochschulen den Rotstift anzusetzen – zumal Ostdeutschland auf Zuwanderungen angewiesen ist. Fachkräfte können nur bei attraktiver Bezahlung gehalten oder angezogen werden. Hohe Löhne können allerdings nur von Unternehmen mit hoher Produktivität gezahlt werden. Das erfordert eine verstärkte Innovationstätigkeit seitens der Unternehmen.

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

EASTERN GERMANY STILL PLAYING ECONOMIC CATCH-UP

---

**Abstract:** The economic backlog of eastern Germany compared to western Germany is still sizeable, even 25 years after the fall of the Wall. In terms of GDP per inhabitant and productivity, eastern Germany has attained only 71 percent and three-quarters of western German levels, respectively. The catch-up process is advancing very slowly indeed. The main reason for low productivity is the lack of highly skilled jobs. In addition, the structure of the eastern German economy is comparatively fragmented. Disposable income per inhabitant in eastern Germany is about 83 percent of the western German figure. This relationship has not changed substantially since the end of the 1990s. Unemployment is still relatively high in eastern Germany but, in recent years, has fallen more markedly than in western Germany. However, this is partly due to shrinking numbers of potential employees; in particular, the number of young people is falling significantly.

Expectations after the fall of the Wall that the east would quickly catch up with the west in terms of economic power and living standards have not come to fruition. This conjecture was certainly exaggerated and assumed that a traditionally thinly populated region in flux could catch up with one of the best-performing economies in the world. Nevertheless, significant progress toward convergence has been made. In particular, eastern Germany had undergone successful re-industrialization. One major challenge is demographic change. The number of young employees in eastern Germany has fallen more significantly than in western Germany. In order to keep or attract skilled workers, more appealing jobs with good remuneration must be made available in eastern Germany. However, higher wages must accompany greater productivity and, in turn, this requires more intensive innovation activity.

JEL: R12, O14, O18

**Keywords:** Economic development, productivity, East Germany



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
81. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Andreas Harasser  
Sebastian Kollmann  
Dr. Claudia Lambert  
Dr. Anika Rasner  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Elisabeth Liebau  
Dr. Stefan Bach  
Alexander Eickelpasch  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Ronny Freier, Ph.D.  
Andreas Thiemann  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Textdokumentation

Manfred Schmidt

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01806 - 14 00 50 25,  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.